

Hochschulen: Weitergabe persönlicher Daten eingeschränkt

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat in seiner letzten Sitzung aufgrund konkreter Vorkommnisse auf die Erfordernisse des Datenschutzes im Hochschulbereich hingewiesen. Nach den ersten Reaktionen des Ministers für Wissenschaft und Forschung dürfen in Übereinstimmung mit dem Ausschuß fernmündlich keine persönlichen Informationen ohne Rückfrage bei der anfragenden Dienststelle weitergegeben werden; persönliche Daten nach außen sollen nur noch durch Rektor oder Kanzler persönlich abgegeben werden.

Der Ausschuß begrüßte die weiteren notwendigen Gespräche mit den Hochschulen zur Festlegung von Einzelheiten, um einen der Verhältnismäßigkeit der Mittel gerechtwerdenden Ausgleich zwischen den Grundsätzen des Datenschutzes und den Erfordernissen der Amtshilfe zu finden.

Im Zusammenhang mit Fragen der neuen Personalstruktur an den wissenschaftlichen Hochschulen und insbesondere über die Möglichkeiten der Weiterqualifikation der wissenschaftlichen Mitarbeiter bekräftigten alle Fraktionen gegenüber dem Wissenschaftsminister noch einmal ihre Auffassungen, die sie bereits bei der Verabschiedung des Gesetzes deutlich gemacht hatten. Wegen der Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes ist es nach Auffassung der Fraktionen ausgeschlossen, durch eine Regelungsänderung im Landesgesetz das Dienstverhältnis des wissenschaftlichen Mitarbeiters so zu gestalten, daß es auf eine wissenschaftliche Weiterqualifikation (z. B. Promotion) gerichtet ist. Dies schließt jedoch nach übereinstimmender Auffassung nicht aus, daß die Wahrnehmung der wissenschaftlichen Dienstleistungen es mittelbar ermöglichen, sich weiter zu qualifizieren. Hierzu erklärten die Fraktionen bereits zu früherer Zeit ausdrücklich, daß Weiterqualifikation auch in unbefristeten Dienstverhältnissen betrieben werden kann, solange die Dienstaufgaben darunter nicht leiden. Promotion kann nicht alleiniger Inhalt der Dienstaufgabe, wohl aber ein „Nebenprodukt“ sein. Wichtig dabei ist es für die ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer, daß der wissenschaftliche Mitarbeiter für seine persönliche Weiterqualifikation Räume, Einrichtungen, Labors, Apparate usw. auch außerhalb der Dienstzeiten zu „erträglichen“ Zeiten benutzen kann.

Die CDU-Fraktion hatte während der damaligen Gesetzesberatungen die Möglichkeit eröffnen wollen, innerhalb der Arbeitszeit in angemessenem Umfang die Möglichkeit zu wissenschaftlichen Weiterqualifikationen ausdrücklich gesetzlich zu eröffnen. Der Ausschuß wird den Gesamtbereich der Einführung der neuen Personalstruktur in seiner nächsten Sitzung am 20. März im einzelnen weiter erörtern.

Porträt der Woche

Keine leichte Aufgabe hat Werner Linkner übernommen, als er acht Monate vor Ende der Legislaturperiode über die Landesreserveliste der SPD in den nordrhein-westfälischen Landtag nachrückte. Der zeitlich bedingte parlamentarische Vorsprung der übrigen Kollegen im Landtag ist nicht aufzuholen, selbst wenn man sich – wie der Abgeordnete aus dem niederrheinischen Kleve – mit viel Engagement und nicht minder hohem Zeitaufwand diesem neuen politischen Wirkungsfeld widmet.

Wenn der heute 51jährige Sozialdemokrat trotzdem im Oktober letzten Jahres „ja“ zur Mandatsübernahme gesagt hat, dann hatte es vor allem einen Grund: „Ich will möglichst viele Kontakte auf Landesebene während dieser Zeit knüpfen, die für den unteren linken Niederrhein, insbesondere für den Kreis Kleve, von Nutzen sein können.“ Und in Düsseldorf wird eben „Politik gemacht“ für dieses Land.

Allerdings, der gebürtige Duisburger ist kein parlamentarisches „Greenhorn“, er hat jahrelange Erfahrungen auf der Kommunalebene. So gehörte der SPD-Landtagsabgeordnete von 1964 bis zur Kommunalwahl im letzten Jahr dem Stadtrat von Kleve an und rückte 1969 in den Klever Kreistag ein, wo er lange Zeit Fraktionsvorsitzender der SPD war. Im selben Jahr wurde Werner Linkner in die Landschaftsversammlung Rheinland berufen.

Der SPD-Politiker, dessen besonderes Interesse als Stadtrat und Kreistagsvertreter dem Kultur- und Baubereich gilt, wurde damals in den Gesundheitsausschuß dieses rheinischen Gremiums gedrängt. Verständlich, liegt doch mit dem Landeskrankenhaus Bedburg das größte psychiatrische Zentrum Europas vor den Toren Kleves. Was Werner Linkner damals mehr als einen Auftrag seiner Parteifreunde empfand, ist für ihn inzwischen ein persönliches Anliegen geworden: eine bessere Umwelt für die geistig und körperlich behinderten Mitmenschen zu schaffen. Zwar wurde besonders in den letzten Jahren Beachtliches im Bau- und Ausstattungsbereich der Landeskrankenhäuser getan, doch zumindest ebenso wichtig ist eine allgemeine Klimaverbesserung für diese benachteiligten Menschen. „Wir müssen mehr Verständnis und Gefühl für die Behinderten aufbringen, daran fehlt es noch sehr“, bedauerte Werner Linkner. Der Niederrheiner, dessen Vater Gewerkschafter und ebenfalls Sozialdemokrat war, stieß 1958 zur SPD und wurde 1966 Unterbezirksvorsitzender des Kreises Kleve. 1972 wählten ihn seine Parteifreunde zum Vorsitzenden des nie-



Werner Linkner (SPD)

derrheinischen Bezirksausschusses der SPD, und vier Jahre gehörte er zudem dem Landesausschuß an.

Anerkennung für einen Parteifreund, der in einer „SPD-Diaspora“ für seine Partei wirbt und kämpft. Zwar brachten es die Sozialdemokraten im Kreis Kleve inzwischen auf „Mitte 30 Prozent“ der Wählerstimmen, und sie hatten bei der Landtagswahl 1975 mit 3,4 Prozent den höchsten Zugewinn im ganzen Land, aber ein Machtwechsel ist in diesem von der CDU politisch geprägten Raum kaum in Sicht. „In so einer Lage muß man sehr viel Idealismus haben, dann freut man sich um so mehr, wenn einige Prozente dazugeholt werden.“ Nicht selten wünscht sich der Klever Unterbezirksvorsitzende mehr Verständnis von seinen Parteifreunden aus den SPD-Hochburgen. „Gerade sie sollten unsere Anliegen in den verschiedenen Gremien stärker unterstützen“, meint er offen.

Auf die Frage nach den ersten Eindrücken von seiner neuen Wirkungsstätte zögert Werner Linkner mit der Antwort. „Man muß sich fragen, welchen Einfluß der einzelne Abgeordnete auf so wesentliche Entscheidungen wie beispielsweise einen 51-Milliarden-Landesetat hat“, meint er dann kritisch. Und auch das erforderliche Zusammenspiel zwischen Legislative und Exekutive scheint nach Ansicht des Abgeordneten verbesserungsfähig zu sein.

Der Niederrheiner, dessen berufliche Laufbahn beim Zoll begann und der heute Vorsteher des Bundesbahngrenzzollamtes Kranenburg ist, entspannt sich in seiner durch Mandate und Parteiämter rar gewordenen Freizeit beim Wassersport. Und natürlich ist es dem Vater von vier Kindern am liebsten, wenn dann möglichst viele Familienangehörigen mit von der Partie sind.

Jochen Jurettko